

WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE – EINE «KONKRETE UTOPIE» MIT ZUKUNFT?

FÜR ALLE
STATT
FÜR WENIGE



PROGRAMM

Die SP Schweiz und die Foundation for European Progressive Studies (FEPS) laden ein zu einem Working Dinner und einer Tagung im Volkshaus Zürich am 4. und 5. Juli 2013.

Wirtschaftsdemokratie – eine «konkrete Utopie» mit Zukunft?

Was bedeutet Wirtschaftsdemokratie heute? Stellt Wirtschaftsdemokratie ein taugliches Konzept dar, um die vielfältigen Krisen der Gegenwart zu bewältigen und den Weg in eine sozial und ökologisch nachhaltige Zukunft zu ebneten? Und welche konkrete Politik lässt sich daraus ableiten? Internationale ExpertInnen zum Thema und interessierte WissenschaftlerInnen aus der Schweiz diskutieren zusammen mit ParlamentarierInnen und weiteren Gästen über wirtschaftsdemokratische Theorie und Praxis.

Donnerstag, 4. Juli 2013

19.00–22.00 Uhr: Working Dinner

Begrüssung und Einleitung durch Christian Levrat (SPS) und Ernst Stetter (FEPS)

Christian Felber: Die «Gemeinwohl-Ökonomie» als wirtschaftsdemokratisches Projekt

(siehe <http://www.gemeinwohl-oekonomie.org/de>); anschliessend Diskussion & Nachtessen

Freitag, 5. Juli 2013

09.00–11.30 Uhr: Inputreferate

Begrüssung und Einleitung durch Barbara Gysi (SPS) und Ernst Stetter (FEPS),

Moderation: Roger Nordmann (SPS)

Alex Demirović: Wirtschaftsdemokratie gestern und heute – Einführung ins Thema

Heinz-J. Bontrup: Wirtschaftsdemokratie als Antwort auf die Krise(n) in Europa?

Kaffeepause

Michael R. Krätke: Wirtschaftsdemokratie – Eine andere Demokratie für eine andere Wirtschaft

Friederike Habermann: WirtschaftsBASISdemokratie im 21. Jahrhundert – global und lokal

11.30–12.45 Uhr: Moderierte Debatte mit ReferentInnen und Publikum

12.45–13.30 Uhr: Stehlunch

13.30–15.00 Uhr: Workshops zu konkreten politischen Folgerungen und Forderungen

15.00–16.30 Uhr: Synthese aus Workshops & Abschluss (Barbara Gysi & Ernst Stetter)

Apéro

Anmeldung & Tagungsgebühr

Die Teilnehmerzahl ist aus organisatorischen Gründen beschränkt. Anmeldungen bitte bis am 12. Juni 2013 per Mail an Verena Loembe: verena.loembe@spschweiz.ch

Die Tagungsgebühr (inkl. Verpflegung) für den Freitag beträgt 50 CHF. Wir bitten um eine Überweisung des Betrags mit dem Vermerk Tagung Wirtschaftsdemokratie auf das Postkonto 30-36000-3 zuhanden von: Sozialdem. Fraktion der Bundesversammlung, 3003 Bern.

Veranstaltungsort

Sowohl das Working Dinner am 4. Juli als auch die Tagung am 5. Juli finden im Blauen Saal im Zürcher Volkshaus statt (siehe <http://www.volkshaus.ch/kontakt-und-lageplan.html>).

Volkshaus Zürich

Stauffacherstrasse 60

8004 Zürich

Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln: ab Hauptbahnhof Zürich Tram Nr. 3 und 14 bis Station Stauffacher; ab Bellevue Tram Nr. 2 und 9 bis Station Stauffacher oder Tram Nr. 8 bis Station Helvetiaplatz

Informationen zu den ReferentInnen

Heinz-J. Bontrup; 1953; Professor für Wirtschaftswissenschaften mit Schwerpunkt Arbeitsökonomie an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen; Direktor und Vorstandsmitglied im Westfälischen Energieinstitut an der Westfälischen Hochschule; u.a. Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum-Gruppe) sowie Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung; Gutachtertätigkeiten u.a. für das Bundesfinanzministerium und den Deutschen Bundestag.

Alex Demirović; 1952; lehrte an zahlreichen Hochschulen, u.a. auch an der Universität Basel. Seine wissenschaftlichen Arbeiten verstehen sich als Beiträge zur Weiterentwicklung der kritischen Theorie der Gesellschaft. Er ist u.a. Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitglied der Beiräte des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) sowie von Attac, zudem der Redaktionen der Zeitschriften Prokla und LuXemburg.

Christian Felber; 1972; studierte romanische Philologie/Spanisch (Hauptfach), Politikwissenschaft, Psychologie, Soziologie (Nebenfächer); freier Publizist, Autor und Tänzer; Dozent an verschiedenen österreichischen Universitäten; Mitbegründer Attac Österreich; Mitinitiator der Demokratischen Bank; ab 2010 Mitentwickler der «Gemeinwohl-Ökonomie» und Sprachrohr der Bewegung.

Friederike Habermann; 1967; Dr. phil. in Politischer Wissenschaft sowie Ökonomin und Historikerin, arbeitet als Autorin und freie Wissenschaftlerin. In ihren Forschungen beschäftigt sie sich mit dem Verwobensein von Herrschaftsverhältnissen, Globalen Sozialen Bewegungen sowie alternativen Wirtschaftsformen.

Michael R. Krätke; 1950; Professor für Politische Ökonomie an der University of Lancaster (UK), davor Professor für Politische Ökonomie an der Universität van Amsterdam; Mitherausgeber der Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft; Arbeitsschwerpunkte: Theorie und Geschichte des Kapitalismus und der Weltwirtschaft, öffentliche Finanzen, Finanzmärkte, Theorie und Geschichte des Sozialismus, Wirtschafts- und Finanzreform.



VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT UND WIRTSCHAFTS-DEMOKRATIE – EINE ANDERE SCHWEIZ IST MÖGLICH

Diskussionspapier für die Tagung «Wirtschaftsdemokratie – eine «konkrete Utopie» mit Zukunft?» vom 5. Juli 2013 in Zürich

Verteilungsgerechtigkeit schaffen...

Eine andere Schweiz ist möglich – und nötig. Die neoliberale Hegemonie der letzten Jahre und Jahrzehnte hat den progressiven Bestrebungen hin zu einer freien, sozialen, nachhaltigen und gerechten Gesellschaft massiv geschadet. Das ist kein rein schweizerisches, sondern ein globales Phänomen. Gerade im europäischen Kontext ist zu beobachten, wie trotz noch nie dagewesenen gesellschaftlichen Reichtums sozialpolitische Errungenschaften zerstört werden. In der Krise wird die Umverteilung von unten nach oben noch intensiver vorangetrieben, die Interessen des Privatkapitals werden vor die Interessen der Allgemeinheit gesetzt.

Unter Berufung auf weit über ihren Fachbereich hinaus einflussreiche Ökonomen wie Friedrich A. Hayek und Milton Friedman wurden ab Ende der 1970er Jahren Werte wie Gemeinsinn, Gesellschaft und Solidarität zugunsten von Wettbewerb, Konkurrenz und individueller Nutzenmaximierung verworfen. Wirtschaftspolitisch wurde mit den Ideen von John Maynard Keynes gebrochen und mittels Deregulierungen, Privatisierung und Liberalisierung möglichst überall und jederzeit auf den sogenannten freien Markt gesetzt. Anstelle der sozialen Marktwirtschaft kam die Marktgesellschaft ohne Adjektiv – und letztere wurde nach dem Mauerfall auch das Modell für die ehemaligen Staaten des Ostblocks. Neokonservative Denker wie Francis Fukuyama glaubten damals sogar, die westliche Welt habe das «Ende der Geschichte», quasi das wirtschaftliche und eben auch gesellschaftliche Nirwana, erreicht. Dieser Glaube entfaltete bis in die Sozialdemokratie hinein Wirkung.

Nach dem Ausbruch der globalen Krise 2007, als die Finanzwelt zitternd in den Abgrund blickte, bestand zumindest kurzfristig die Hoffnung einer wirtschaftlichen und politischen Kehrtwende aufgrund der – späten – Einsicht, dass die Deregulierungs- und Privatisierungswut der vergangenen Jahre in die Sackgasse geführt hat. Immer mehr ÖkonomInnen erkannten in der Zunahme der ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen eine zentrale Ursache der Krise und konstatierten ein grundsätzliches Systemproblem. Doch diese Erkenntnisse verpufften leider schnell, auch in der Schweiz. Die Politik konnte sich weder durchringen, eine effektive Regulierung der Finanzmärkte oder griffige Massnahmen gegen die legale und illegale Kapitalakkumulation in den Händen einiger weniger zu implementieren noch die bestehende Verteilungsschieflage zu korrigieren. Im Gegenteil: Quasi über Nacht wechselte der Fokus auf Budgetkonsolidierung und Schuldenabbau. Die eben noch eingestandenen Mängel des finanzmarktgetriebenen und -fixierten Wirtschaftssystems wurden wieder ausgeblendet und negiert.

Plötzlich gerieten Politik und Befürworter von mehr staatlicher Intervention in den Verdacht, selbst für die Finanzkrise verantwortlich zu sein, während die zockenden Financiers an der New Yorker Wall Street und am Zürcher Paradeplatz sich als verantwortungsbewusste Mahner zu profilieren versuchten. Sie propagier(t)en hemmungslos die Aushöhlung der arbeits- und sozialrechtlichen Standards wie beispielsweise in der Arbeitslosenversicherung oder anderen Sozialwerken unter dem Deckmantel der «notwendigen Strukturreformen» mit Ziel einer möglichst tiefen Staatsquote. So wurde aus der Finanz-, eine Wirtschafts- und schliesslich eine Staatsschuldenkrise. Auf diese klar interessengebundene Umdeutung der Krise folgte die Durchsetzung einer Austeritätspolitik, die trotz überwältigender Evidenz für ihre sowohl wirtschaftlich als auch sozial desaströsen Folgen bis heute verfolgt wird. Es wurde und wird wieder dem TINA-Prinzip der eisernen Lady, Margaret Thatcher, nachgelebt, wonach Alternativen zum absoluten Spardiktat schlicht nicht existieren. «Es gibt weltweit kein einziges Beispiel dafür, dass Kürzungen von Löhnen, Renten und Sozialleistungen ein krankes Land genesen lassen. Die Chancen, dass weitere Einsparungen die Probleme lösen, liegen nahe null», widerspricht zwar einer der prominentesten Befürworter einer alternativen Krisenbewältigungspolitik, Joseph Stiglitz. Und dennoch: Der Kampf gegen diese Politik des ökonomischen Irrsinns scheiterte trotz aller konkreten Gegenbeweise bisher an der noch immer weitgehend stabilen Hegemonie der neoliberalen Heilsprediger.

So ist die ökonomische Realität in der Schweiz wie auch in Europa geprägt von einer verschärften sozialen Ungerechtigkeit, weil die gigantischen wirtschaftlichen und sozialen Kosten der globalen Krise hauptsäch-

lich von den tieferen Einkommen und der Mittelklasse zu tragen sind. Paradoxe Weise werden die negativen Folgen des wirtschaftspolitischen Versagens als Vorwand genommen, diese Politik, die auf der nachweislich falschen Annahme von vollkommenen Märkten und Wohlstand aufgrund von permanentem Wettbewerb und grenzenlosem Wachstum beruht, unbeirrt fortzuführen.

Die wachsende soziale Kluft als Folge der sich öffnenden Lohn- und Vermögensschere wird von bürgerlichen PolitikerInnen und einflussreichen WirtschaftsführerInnen als unvermeidbare Konsequenz einer erfolgversprechenden Politik, ja teilweise sogar zynisch als notwendiger Anreiz für mehr Leistung, schön geredet. Die damit verbundenen menschlichen Schicksale werden als «quantité négligeable» ignoriert. Grösstensteils ignoriert wird ebenfalls, dass soziale Ungleichheit vielfältige und schwerwiegende Folgen für die Lebensqualität der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung und den Zustand einer Gesellschaft insgesamt nach sich zieht. Der Wirtschaftshistoriker Richard Wilkinson und die Epidemiologin Kate Pickett zeigen in ihrer Arbeit auf, dass ungleiche Gesellschaften in Bezug auf die Lebenserwartung, Vertrauen und Solidarität, aber auch psychische Erkrankungen, Drogenmissbrauch, Konsumismus, Selbstmorde und Gewalt deutlich schlechter abschneiden.¹ Diese Einsichten sind für eine sozialdemokratische Politik überaus wichtig, bieten sie doch die Möglichkeit einer klaren und wissenschaftlich fundierten Schwerpunktsetzung: Statt in der Gesundheits-, Sozial- oder Sicherheitspolitik isolierte Symptombekämpfung zu betreiben, sollte die Priorität auf die Bekämpfung von Ungleichheit gelegt werden. Eine solche – möglichst global anzugehende – Politik würde nicht nur aus sozialer und ökologischer Sicht mehr Erfolg bringen, eine Reduktion der Ungleichheit wäre vor allem auch aus volkswirtschaftlicher Perspektive oder mit Blick auf die Krise in Europa angezeigt.²

Ungleichheiten zu reduzieren und mehr Verteilungsgerechtigkeit zu schaffen ist aus all diesen Gründen eines der zentralen Anliegen der SP Schweiz für die nächsten Jahre: Exemplarisch dafür stehen nicht nur die 1:12-Initiative, die Mindestlohninitiative, die Initiative über die Abschaffung der Pauschalbesteuerung oder die nationale Erbschaftssteuer. Auch bei den Diskussionen um eine Finanztransaktionssteuer oder das Wegkommen vom parasitären Wettbewerb im Bereich der Unternehmensbesteuerung geht es um mehr Verteilungsgerechtigkeit in einem internationalen Kontext und darum, das Primat demokratischer Politik gegenüber partikularer Kapitalinteressen durchzusetzen.

... und ein wirtschaftsdemokratischer Schritt nach vorn

Die substantielle Reduktion materieller und damit auch sozialer Ungleichheit in der Schweiz und weltweit ist mit Blick auf eine andere, eine bessere Gesellschaft für alle statt für wenige von zentraler Bedeutung. Dies auch deshalb, weil erst durch die Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums bzw. des überakkumulierten Kapitals im globalen Rahmen die Handlungsspielräume für eine sozial und ökologisch nachhaltige Zukunft geschaffen werden können. Für die SP Schweiz ist es deshalb auch selbstverständlich, sich vertieft damit zu befassen, wie diese Spielräume zu nutzen sind. Für uns ist klar, dass insofern über Verteilungsgerechtigkeit durch Mittel von Predistribution und Um-/Rückverteilung hinaus gedacht werden muss; dass eine generationenübergreifend gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und der Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben innerhalb der Grenzen eines endlichen Planeten nur durch andere Formen des Wirtschaftens und des Zusammenlebens ermöglicht werden kann.

Wir haben es heute mit einer multiplen Krise zu tun, die sich nicht nur in einer wachsenden Ungleichheit in den Wohlstandsgesellschaften des Nordens manifestiert, sondern auch als ökologische Krise, als Hungerkrise im globalen Süden und als Krise der Arbeit und der Demokratie. Verschiedene Autoren identifizieren die fossilistisch-kapitalistische Produktions- und Lebensweise neoliberaler, d. h. vor allem auch finanzmarktgetriebener, Prägung als gemeinsame Ursache dieser verschiedenen Probleme.³ Wird diese Analyse geteilt, bedeutet es nicht zuletzt auch, dass eine fortschrittliche Sozialdemokratie nicht darum herum kommt, sich zum Kern der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vorzuwagen. Die herrschenden Produktionsverhältnisse müssen auf ihren gesellschaftlichen Nutzen hin geprüft werden. Wo nötig und sinnvoll gilt es neue demokratische Formen des kollektiven Eigentums anstelle des profitmaximierenden Privateigentums zu entwickeln und für sie einzustehen.

1 Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Berlin: Tolkemitt Verlag bei Zweitausendeins.

2 Stiglitz, Joseph (2012): Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht. München: Siedler Verlag; Flassbeck, Heiner et al. (2013): Handelt jetzt! Das globale Manifest zur Rettung der Wirtschaft. Frankfurt/Main: Westend Verlag.

3 Altvater, Elmar (2010): Der grosse Krach. Oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot; Brand, Ulrich (2009): Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik. In: http://www.boell.de/downloads/internationalepolitik/multiple_krisen_u_brand_1.pdf; Bader, Pauline et al. (2011): Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In: Demirović, Alex et al. (eds.): VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA, S. 10–28.

Wenn eine andere Schweiz nötig und – hoffentlich – möglich ist, dann heisst das also insbesondere, dass eine andere Wirtschaft, eine Wirtschaft, die sich am Gemeinwohl statt an Profitmaximierung orientiert, nötig und möglich sein muss. Eine sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft geht zwingend Hand in Hand mit einer Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, wie das auch im Parteiprogramm der SP Schweiz aus dem Jahr 2010 gefordert wird. Es gilt das Primat demokratischer Politik gegenüber den von wirtschaftlichen Partikularinteressen gelenkten Märkten durchzusetzen und dieses Primat auf alle demokratisierbaren Bereiche auszweiten.

Heute bleibt ein wesentlicher Teil des Lebens, der gesamte Bereich der Arbeit und Produktion, vom demokratischen Ideal grösstenteils ausgespart. Gerade in Zeiten des globalen Finanzkapitalismus bleibt Demokratie damit ein «uneingelöstes Versprechen», wie es der Schweizer Philosoph Urs Marti bezeichnet.⁴ Wirtschaftsdemokratie soll den Menschen ermöglichen, ihre konkrete Lebenswelt in umfassender Weise demokratisch mitzugestalten. Wirtschaftsdemokratie ist ein heterogenes, ein pluralistisches Projekt das über die «soziale Marktwirtschaft» der Nachkriegszeit hinausweist. Der deutsche Politikwissenschaftler Fritz Vilmar beschreibt Wirtschaftsdemokratie als «Inbegriff aller ökonomischen Strukturen und Verfahren, durch die an die Stelle autokratischer Entscheidungen demokratische treten, die durch die Partizipation der ökonomisch Betroffenen und/oder des demokratischen Staates legitimiert sind.»⁵ Eine moderne Wirtschaftsdemokratie verzichtet nicht auf die effizienzsteigernde Leistung des Marktprinzips, sondern bettet Märkte unter neuen Bedingungen in die Gesellschaft ein. Wirtschaftsdemokratie ist eine Mischung aus Planung und Markt, wobei der demokratischen (!) Planung im Unterschied zum neoliberalen Status quo eine deutlich grössere, dem «freien» Markt eine kleinere Bedeutung zukommt. In der EU hiesse mehr Wirtschaftsdemokratie etwa, nicht allein auf den europäischen Einheitsmarkt («single market») zu setzen, sondern auch auf ein progressives Subsidiaritätsprinzip, das die direkt Betroffenen mitentscheiden lässt, welche Form von Märkten auf welcher Ebene den grössten Beitrag zum Gemeinwohl leisten können.

Wie genau eine demokratisierte Wirtschaft und Gesellschaft aussehen wird, kann und muss nicht von vornherein festgelegt werden. Sicher ist jedoch, dass Wirtschaftsdemokratie, im Unterschied zum bis heute in weiten Teilen der Wirtschaftselite und der bürgerlichen Parteien vorherrschenden Verständnis von Wirtschaft, nicht primär auf kurzfristige Profitmaximierung, Konkurrenz und Eigennutz setzt. Demgegenüber heisst Wirtschaftsdemokratie mehr Nachhaltigkeit, Kooperation, Fairness und Gemeinwohlorientierung. Unter wirtschaftsdemokratischen Bedingungen dient die Wirtschaft den Menschen und nicht umgekehrt.

Elemente einer demokratischen Wirtschaft können sein:

- Die demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte über eine konsequente Regulierung und öffentliche Ratingagenturen.
- Die demokratische Steuerung von Wachstum da, wo gesellschaftlicher Bedarf besteht bspw. durch öffentliche Investitionsfonds für den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft.
- Die Ausweitung demokratischer Teilhabemöglichkeiten in Wirtschaftsfragen z. B. durch die partizipative Ausgestaltung des Budgetierungsprozesses auf kommunaler Ebene.
- Die Stärkung lokal-regionaler Wirtschaftskreisläufe und die Etablierung von Mitbestimmungsgremien der betroffenen Stakeholder.
- Die Etablierung und Stärkung von effektiven Mitbestimmungsrechten von Arbeitnehmenden in Unternehmen.
- Die konsequente Durchsetzung umfassender Transparenz- und Rechenschaftsvorschriften, damit das Wissen über das wie und wo der Produktion im besten Fall zu einem Ansatzpunkt nicht nur des individuellen Kaufentscheids von KonsumentInnen, sondern der kollektiven, zivilgesellschaftlichen Mobilisierung für gerechteres und nachhaltiges Wirtschaften werden kann.
- Der mit zunehmender Grösse schrittweise Übergang von Unternehmen in kollektives und demokratisch kontrolliertes Eigentum.
- Die konsequente staatliche Förderung von Genossenschaften, insbesondere von Produktions- und Wohnbaugenossenschaften.

Es gehört zu den Herausforderungen der Wirtschaftsdemokratie, die verschiedensten Bereiche und Ebenen der demokratischen Mitbestimmung möglichst effektiv und effizient aufeinander abzustimmen und dadurch die Widersprüche zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlicher Logik produktiv zu bearbeiten. Dafür in einem breit abgestützten und partizipativ ausgestalteten Prozess sinnvolle Lösungen zu finden, heisst bereits, Wirtschaftsdemokratie zu leben.

4 Marti, Urs (2006): Demokratie. Das uneingelöste Versprechen. Zürich: Rotpunktverlag.

5 Vilmar, Fritz (1999): Wirtschaftsdemokratie Zielbegriff einer alternativen Wirtschaftspolitik. Kritische Bilanz und Aktualität nach 40 Jahren. In: <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m3206.pdf>

Eine demokratische, in die Gesellschaft eingebettete Wirtschaft verspricht Wohlstandsgewinne, die innerhalb der heutigen Rahmenbedingungen nicht, oder nur für eine kleine privilegierte Gruppe, möglich sind. Wirtschaftsdemokratie als emanzipatorisches Projekt baut auf einem Menschen- und Gesellschaftsbild auf, bei dem Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung auf der einen, Kooperation und Solidarität auf der anderen Seite in einer wechselseitigen Beziehung zueinander stehen. Wirtschaftsdemokratie nimmt die Freiheit des Menschen ernst und bringt sie deshalb systematisch in Verbindung mit wahrer Chancengleichheit und Selbstbestimmung. Sie ist somit auch ein im eigentlichen Sinne liberales Vorhaben.

Wirtschaftsdemokratie erhöht die Chancen auf ein weitgehend selbstbestimmtes Leben, in dem das sozio-emotionale Bedürfnis nach Zugehörigkeit und sozialer Anerkennung ebenso wie das Bedürfnis nach einer gewissen Stabilität und Lebensplanungssicherheit weit besser als heute befriedigt werden. Für den einzelnen Menschen bedeutet Wirtschaftsdemokratie deshalb einen Abbau von Entfremdung und eine erhöhte Lebensqualität. Durch Formen des kollektiven Eigentums wie bei Genossenschaften, bei denen Arbeitnehmende quasi zu BürgerInnen eines Unternehmens werden, werden die Eigenverantwortung von Menschen und ein Unternehmergeist im positiven Sinne gestärkt. Wirtschaftsdemokratie ist das Gegenteil staatlicher Bevormundung.

Die Überwindung des heutigen Wirtschaftssystems setzt pragmatisch im Hier und Jetzt an und versucht die bestehenden Strukturen mit dem übergeordneten Ziel der Ermächtigung von Betroffenen zu verändern. Wirtschaftsdemokratischer Wandel orientiert sich dabei an einer über den Status quo hinausreichenden Vision einer freien, gerechten, solidarischen und nachhaltigen Gesellschaft. Wir haben es bereits heute mit einer Mischwirtschaft zu tun in der die kapitalistisch-neoliberale Logik zwar dominiert, aber auch diverse alternative, nicht-kapitalistische Strukturen und Institutionen bestehen (öffentliche Bibliotheken, Genossenschaften, Wikipedia, öffentliche Infrastruktur, Service public usw.). Auch die von uns anvisierte Zukunft wird eine Mischwirtschaft sein, jedoch mit anderen Kräfteverhältnissen.

In einem ersten Schritt ist es die Aufgabe einer progressiven Politik, die schlimmsten Auswüchse des Finanzmarktkapitalismus und den Abbau des Sozialstaats zu bekämpfen und sich für Verteilungsgerechtigkeit stark zu machen. Darüber hinaus geht es aber auch darum, Handlungsspiel- bzw. Freiräume zu öffnen, zivilgesellschaftlichen Alternativen aus ihrer oft prekären Existenz zu holen und insgesamt die für eine sozial und ökologisch nachhaltige Zukunft notwendigen gesellschaftlichen Lernprozesse zu ermöglichen.⁶ Eine gezielte Förderung alternativer Wirtschaftsformen und -modelle darf nicht als eine Art «unzulässiger Beihilfe» behandelt werden. Es geht nicht um das kleinkarierte Argument der Wettbewerbsverzerrung, sondern darum, zukunftsfähige Wirtschafts- und Lebensweisen auf den Weg zu bringen. Darum auch, dem immer grösseren Bedürfnis nach Teilhabe und Kooperation, nach selbstbestimmter, sinnhafter und nachhaltiger Tätigkeit gerecht werden.

Das heute ebenso wichtige wie herausfordernde Thema der Wirtschaftsdemokratie nimmt im Parteiprogramm der SP Schweiz eine prominente Rolle ein. Mit der Tagung «Wirtschaftsdemokratie – eine «konkrete Utopie» mit Zukunft?» Anfang Juli 2013 in Zürich soll nun ein Prozess in Gang gesetzt werden, der über wirtschaftsdemokratische Reformen auf den sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft abzielt. Eine am Gemeinwohl statt am individuellen Profit ausgerichtete Wirtschaft ist ohne Demokratisierung nicht zu haben.

⁶ Wright, Erik Olin (2013): Transforming Capitalism through Real Utopias. In: American Sociological Review 78, H. 1, S. 1–25.



PS A
CASA DE
[Illegible text]

KURZPROTOKOLL

Kurzprotokoll der Tagung «Wirtschaftsdemokratie – eine «konkrete Utopie» mit Zukunft?» der SP und der FEPS vom 4. und 5. Juli 2013 im Zürcher Volkshaus

Donnerstag, 4. 7. 2013

1. Begrüssung

Christian Levrat begrüsst die Anwesenden in Zürich zum Vorprogramm. Er sagt, dass die Tagung eine gute Möglichkeit darstellt, den Beitritt der SP zur FEPS zu feiern. Das Ziel dieses Beitritts ist die enge Kooperation und Zusammenarbeit der SP und der FEPS. Die Wirtschaftsdemokratie ist ein sehr wichtiges Thema der SP Schweiz und ein Schlüsselement im überarbeiteten Parteiprogramm von 2010. Wir wollen die Diskussion zum Konzept der Wirtschaftsdemokratie voranbringen und unsere Argumente und Positionen schärfen.

Ernst Stetter sagt, dass er sich über den Beitritt der SP Schweiz zur FEPS freut. Die FEPS gibt es seit 5 Jahren. Ihr Ziel ist, dass sie in Europa dazu beiträgt, zu definieren was ein linkes Programm ausmacht und einen neuen Diskurs der Sozialdemokratie in Europa zu entwickeln. Der Kontakt ist auch ausserhalb Europas, beispielsweise in Südamerika, Indien etc., wichtig. Die FEPS ist ein kleines Team von 9 Leuten und hat bereits über 44 Mitglieder in ganz Europa.

2. Inputreferat Christian Felber:

Die «Gemeinwohl-Ökonomie» als wirtschaftsdemokratisches Projekt

Zwischen den Möglichkeiten des Kommunismus und des Kapitalismus gibt es einen dritten Weg: die Gemeinwohl-Ökonomie ist unsere Lösung. Durch die zunehmende Finanzialisierung der Wirtschaft gehen die Werte in unserer Wirtschaftsordnung verloren. Die Gemeinwohlökonomie ist eine alternative Wirtschaftsordnung, die demokratische Diskussionen fordert und eine demokratische Ordnung fördert. Gemeinwohlökonomie bedeutet eine liberale Wirtschaftsordnung, in der alle die gleichen Rechte, Freiheiten und Chancen geniessen. Im Vergleich zur heutigen illiberalen Marktwirtschaft ist sie eine soziale, humane Wirtschaftsordnung. Sie trägt zur Überwindung des Kapitalismus bei. Der Kapitalismus ist ein Wirtschaftssystem, in welchem die Mehrung des Kapitals übergeordnet ist. Dies führt heute zu grossen Widersprüchen, eine Vermischung von Werten, Zielen und Mitteln findet statt. In vielen Verfassungen ist das festgeschriebene Ziel der wirtschaftlichen Ordnung das Gemeinwohl. Geld und Finanzgewinn werden in keiner demokratischen Verfassung erwähnt. In der Geschichte wurde das Geld immer nur als Mittel zum Ziel des Gemeinwohls definiert. Daher gibt es einen Widerspruch zwischen den heutigen Marktwerten und den Verfassungswerten. Das Problem der heutigen Wirtschaftsordnung sind die Systemkoordinaten des Gewinnstrebens und der Konkurrenz. Diese beiden Werte müssen durch Gemeinwohlstreben und Kooperation ersetzt werden, dies treibt die Wirtschaftsakteure in die richtige Richtung.

Ein weiteres Problem ist die Messung des wirtschaftlichen Erfolgs: heute wird er mit dem BIP (Makroebene) bzw. dem Finanzgewinn (Mikroebene) gemessen. Beide Grössen haben dabei den Faktor Geld gemeinsam. Wie bereits festgestellt, ist Geld aber nie das Ziel sondern nur das Mittel des Wirtschaftens. Deshalb müssen auch hier die beiden Grössen durch die Messung am Gemeinwohlprodukt (Makro) bzw. an der Gemeinwohlbilanz (Mikro) ersetzt werden. Dies ergäbe einen verlässlichen Zusammenhang zwischen unseren Zielsetzungen und dem Gemeinwohlprodukt.

Bei der Entwicklung einer Gemeinwohlbilanz stehen auf der einen Achse Werte wie die Menschenwürde, die Solidarität, die ökologische Nachhaltigkeit, die soziale Gerechtigkeit und die demokratische Mitbestimmung und Transparenz, während auf der anderen Achse die Berührungsgruppen (Stakeholder) stehen. Dies ergibt eine Matrix mit entsprechenden Gemeinwohlfaktoren. In einem Punktesystem werden die Unternehmen in dieser Matrix nach ihrer ethischen Performance bewertet, was anschliessend auf ihren Produkten vermerkt wird. Das ethisch korrekte Unternehmen hat es heute schwieriger zum Erfolg zu gelangen, weil es seine Produkte teurer anbieten muss. Durch Koppelungen könnten die Produkte ethisch korrekter Unternehmen jedoch billiger angeboten werden, beispielsweise durch Mehrwertsteuervorteile, niedrigere Zoll-

tarife, günstigere Kredite von der «Demokratischen Bank», Vorrang beim öffentlichen Einkauf oder Vorrang bei der Forschungskooperation. Zur Debatte der Mindestlöhne wäre das systemische Konsensieren mit anschließender Abstimmung über mehrere Vorschläge eine Lösung. Die Folge davon wäre die Erlöschung des Wachstumszwangs.

Die Repliken von Eric Nussbaumer und Beat Ringger sowie die abschliessende Diskussion wurden nicht protokolliert.

Freitag, 5. 7. 2013

1. Begrüssung

Barbara Gysi begrüsst die Anwesenden. Sie sagt, dass es vor allem darum geht, die Wirtschaftsdemokratie als wichtiger Bestandteil des Parteiprogramms der SP Schweiz weiter zu konkretisieren.

Ernst Stetter stellt die FEPS vor. Er sagt, dass das Ziel ist, den progressiven, sozialdemokratischen Diskurs auf europäischer Ebene voranzubringen. Das Netzwerk der Mitglieder besteht aus über 44 progressiven und sozialdemokratischen Stiftungen. Es ist aber auch wichtig, dass es über Europa hinaus auf einer soliden Grundlage möglich ist, Politikwechsel herbeizuführen. Wir wollen Alternativen aufzeigen, die gegen den Mainstream der normalen ökonomischen Wirklichkeit sind. In Zeiten einer globalisierten Welt und der globalisierten Märkte muss es viel mehr Regeln geben, die zu vernünftigem Handeln anregen.

Roger Nordmann stellt das Programm und die Referenten vor.

2. Inputreferat Alex Demirovic: Wirtschaftsdemokratie gestern und heute – Einführung ins Thema

Die vermehrte Thematisierung der Wirtschaftsdemokratie stellt eine historische Wende dar. In den 1990er-Jahren war die Wirtschaftsdemokratie kein Gegenstand der Diskussionen der Linken und der Gewerkschaften und das Ziel der Demokratisierung der Wirtschaft wurde weitgehend aufgegeben. Die Forderungen nach Freiheit, Gleichheit, Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie werden heute teilweise als vor-modern und traditionalistisch abgewertet. In vielen europäischen Ländern wird aber die Diskussion um die Wirtschaftsdemokratie bereits seit dem 19. Jahrhundert geführt und ist ein fester Bestandteil ihrer Tradition. In den 1920er-Jahren wurde das Thema mit der Restrukturierung kapitalistischer Unternehmen relevant. Die Gewerkschaften forderten, dass die Macht der Unternehmen sowohl nach innen wie nach aussen, insbesondere im Hinblick auf die Verfassung, begrenzt wird. Gesetze, die das Parlament verabschiedet hatte, waren wie Einzelfallgesetze und die Unternehmen erhielten eine enorme Macht, auf den Gesetzgebungs- und Verwaltungsprozess zuzugreifen. Die Asymmetrie des Lobbyismus, die Waffenungleichheit bezüglich der Ressourcen aber auch die Art der skandalösen Gesetzgebungsvorbereitung waren Bedrohungsmomente für die Demokratie.

Dies zeigt, dass wirtschaftsdemokratische Regelungen nötig sind. Es ist fraglich, wie lange die Grenzlinie zwischen Ökonomie und Politik weiter tragbar ist. Mittlere und grössere Unternehmen, die als private Unternehmen gelten aber durch ihre Funktion der Subsistenzsicherung eigentlich als öffentliche Institutionen gelten sollten, nutzen alle öffentlichen Ressourcen – vom erwirtschafteten Reichtum bis zu den zur Verfügung stehenden Gemeingütern und Infrastrukturen – und bestimmen Qualifikationsmuster der Menschen und produzieren Produkte, an deren Bedarfsermittlung und Gestaltung wir nicht beteiligt sind. Diese Unternehmen treffen eine Vielzahl von gesellschaftlichen Entscheidungen, die aber als Privatentscheidungen und an die gemeinhin kein demokratischer Anspruch gestellt wird. Ulrich Beck, deutscher Soziologe, sagte einst, dass das, was die Unternehmen real machen, das heisst die Prozesssetzung von Ressourcen, Beschäftigung, Produkten etc., subpolitische Entscheidungen seien. Wirtschaftsdemokratie betrifft aber nicht die Wirtschaft alleine, sondern die Demokratie und den demokratischen Prozess. Die Wirtschaftsdemokratie bedeutet eine Demokratisierung der Demokratie, es geht um mehr Partizipation und kollektive Entscheidungen. Das Demokratiemoment der Wirtschaft wird häufig vernachlässigt und unterschätzt. Es gibt eine starke Zurückhaltung. Die Wirtschaftsdemokratie stellt das Herrschen der Reichen in Frage, sie fördert die Gleichheit, dass alle das Recht haben, an Entscheidungen teilzuhaben und mitzubestimmen. Es bedarf in den Betrieben besonderer demokratischer Prozesse, die die Beteiligung und Mitentscheidung aller Betroffenen fördern. Historisch gesehen war die wirtschaftsdemokratische Diskussion viel zu bescheiden, es wurde eine Rahmenplanung von oben entwickelt und die Entwicklung wirtschaftsdemokratischer Institutionen wurde in Erwägung gezogen. In der Diskussion spielen das nationale wie auch das europäische Element eine zentrale Rolle. Der sozialökologische Umbau muss auch die Perspektiven der Regionen einschliessen, die nicht zur EU gehören, aber viele unserer Ressourcen liefern und durch unsere Lebensweise stark geschädigt werden.

3. Inputreferat Heinz-J. Bontrup:

Wirtschaftsdemokratie als Antwort auf die Krise(n) in Europa?

Der Kapitalismus ist ein zutiefst ungerechtes und widersprüchliches System, das auf einer Markt-anarchie basiert, die für die immer wieder auftretenden Krisen verantwortlich ist. Der Kapitalismus ist als System völlig unfähig das Wichtigste – dass wir alle Arbeit haben und dadurch unser Leben gestalten und bestimmen können – zu erreichen. Wir sehen überall in der EU Massenarbeitslosigkeit, vor allem Jugendarbeitslosigkeit. Wir können nicht gleichzeitig die Arbeitskosten minimieren und den Arbeitsgewinn maximieren, das ist ein ewiger, zerstörerischer Kampf zwischen Unternehmern und Beschäftigten. Diesen Widerspruch kann man nicht aufheben, denn die Unternehmerschaft will gar keine Vollbeschäftigung. Wer von Wirtschaftsdemokratie spricht, muss auch aussprechen, wer die Werte in der Gesellschaft generiert und schafft. Die Beschäftigten im System werden ausgebeutet und der Wert der Arbeit ist immer grösser als der Wert der Beschäftigten. Dies ist gesellschaftliche Täuschung. Oswald von Nell-Breuning, deutscher Ökonom, CDU-Mitglied und Berater des Bundeskanzlers Schmitt, hat 1960 den Ausbeutungsprozess auf den Punkt gebracht: die Arbeitslöhne sind Kosten, die durch die Konsumation der Güter durch die Beschäftigten zurück an die Unternehmen fließen, womit den Unternehmen die neu geschaffenen Güter gratis bleiben. Der Kern des Systems ist der Widerspruch und die Ausbeutung. Die Politik in Europa ist ratlos. Was man den Griechen antut – eine Elendsökonomie – ist nur die Spitze des Neoliberalismus. Der Hintergrund für die Krise ist die falsche Verteilung der Wertschöpfung: es wird immer mehr von unten nach oben umverteilt, dadurch fällt in der realen Wirtschaft die Nachfrage aus und das überschüssige Geldkapital sucht weiter nach Anlage, schlussendlich wird es an die Finanzmärkte gespült. Es gibt auch eine Disproportion im Verhältnis der Gläubiger und Schuldner, denn die Vermögen werden immer disproportionaler und mit dem Anwachsen der Vermögen wachsen genauso die Schulden. Wenn das immer mehr aus dem Ruder läuft, braucht der Schuldner auch immer mehr dritte Schuldner. Diese Disproportion entlädt sich dann in Blasen, wie beispielsweise die Immobilienblase in den USA. Die Vermögenden warnen jedoch die Politiker, die Krise auf sie abzuschieben und schreiben ihnen vor, die Krise auf dem Konto Staatsverschuldung abzubuchen. Statt dass die Politiker Vermögen und diejenigen, die sich bereicherten und die Krise herbeiführten, vernichten, gehorchen sie. Wenn sich die Politik nicht wagt, Vermögen zu vernichten, wird Europa die Krise nicht überwinden.

Was können wir mit der Wirtschaftsdemokratie an diesen Grundsätzen ändern? Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie endet nicht bei den Einzelunternehmen mit der Einführung der Mitbestimmung und Mitentscheidung (Mikroebene). Arbeit und Kapital müssen gleichberechtigt sein. Das Kapital darf nicht das Sagen haben, wie es in der realen Wirtschaft der Fall ist. Ohne den Einbezug der Makroebene und der Makropolitik ist dies nicht möglich. Ohne vernünftige Fiskal- und Geldpolitik geht es nicht. Auch hier braucht es Abstimmungsprozesse, die Asymmetrie muss abgebaut werden. Demokratisierungsprozesse müssen in allen Institutionen vorgebracht werden, auf der Makro-, der Meso- und der Mikroebene.

4. Inputreferat Michael R. Krätke:

Wirtschaftsdemokratie – Eine andere Demokratie für eine andere Wirtschaft

Der Sozialismus ist eine unmögliche Idee für die Demokratie und eine historische Erfahrung des Scheiterns. Wirtschaftsdemokratie bedeutet, dass die Wirtschaft nicht mehr nur privat stattfindet, sondern dass sie eine öffentliche Angelegenheit ist, die alle Aspekte, Beteiligten und Betroffenen einbezieht. Sie ist eine totale Veränderung der Gesellschaft, wie wir sie kennen. Sie ist eine Erweiterung der ökonomischen und sozialen Bürgerrechte und -pflichten. Wir müssen aber mitbedenken, dass die Politisierung aller ökonomischen Entscheidungen auch Grenzen und institutionelle Formen braucht. Dabei helfen tradierte Legitimationsformen wie das Gemeinwohl etc. nicht weiter. Wirtschaftsdemokratie ist sowohl eine Bewegung wie ein Resultat. Es sind neue Formen des individuellen und kollektiven wirtschaftlichen Handelns, die sich in der Umverteilung und Neubestimmung wirtschaftlicher Macht und der Sozialisierung der Märkte und der Unternehmen und Betriebe äussern. Es ist die Demokratisierung der Demokratie.

Aber welche Form der erweiterten Demokratie passt eigentlich zu dieser Form der Wirtschaftsdemokratie? Es ist eine Erweiterung und ein Umbau der tradierten Formen der politischen Demokratie, eine gemischte politische Form. Wirtschaftsdemokratie braucht eine Verfassung, kollektive Entscheidungen, Repräsentanten, Gesetze und Gerichte, Experten etc. Die einfachste, älteste und bis heute umfangreichste Variante ist jene der staatlichen Haushaltsplanung und des Parlaments. Es ist jedoch eine Tatsache, dass dies immer schief läuft. Das Gegenmodell sind die Räte bzw. eine Räte-demokratie. Diese duale Struktur des Parlaments und der Räte funktioniert jedoch auch nicht. Die Auflösung dieser zwei Modelle ist eine Wirtschaftsdemokratie als assoziative Demokratie. Wir brauchen eine neue Wirtschaftsweise und damit eine neue Verteilungsweise und kollektive Entscheidungen. Dies beinhaltet ökonomische und soziale Bürgerrechte, die Repräsentation ökonomischer Interessen, eine Verhandlungsökonomie und eine Stakeholderdemokratie. Wirtschaftsdemokratische Institutionen müssen erfunden, erprobt, gebaut und auch institutionalisiert wer-

den. Es sind Institutionen nötig, die kollektive, demokratische Entscheidungen ermöglichen. Der Aufbau erfolgt auf drei Säulen: Die erste Säule sind die Basisinstitutionen, also demokratisch organisierte Betriebe. Die zweite Säule ist die überbetriebliche Mitbestimmung, also mesoökonomische Verhandlungen. Und die dritte Säule ist die makroökonomische Rahmenplanung unter demokratischer Kontrolle und Beteiligung. Die Demokratisierung der Wirtschaft braucht die Ermächtigung für viele soziale und ökonomische Experimente. Das heisst, wir brauchen Freiheit in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, in der Kombination und der Kooperation der Konkurrenzfreiheit. Wir brauchen Kollektiveigentümer und Kollektivunternehmen, Pluralität der Produktionsformen und der Eigentumsformen, der Märkte und Marktformen und der Planungsprozesse. Bei der assoziativen Demokratie geht es um die Demokratie der Assoziationen und der Assoziierten. Die Vereinigungsfreiheit und das Recht der Beteiligung an allen relevanten Entscheidungen sind massgebend (Stakeholderdemokratie). Daneben braucht es den institutionellen Pluralismus, das Recht der Minderheiten auf Autonomie, Informationsrechte und -freiheiten und die Repräsentation in speziellen und allgemeinen Körperschaften. Der Unterschied zwischen Parteien und NGOs entfällt, ebenso die Parteienprivilegien. Ökonomisch gesehen funktioniert dies durch die Pluralität der sozialen Formen von Produkten und Gütern, öffentlichen Gütern und Gemeingütern und Märkten. Märkte lassen sich regulieren und sozialisieren.

Bei der Frage nach der Gerechtigkeit dieser demokratischen Wirtschaft, muss festgestellt werden, dass demokratische Entscheidungen zwar legitim, aber nicht automatisch richtiger sind. Der Übergang zur Wirtschaftsdemokratie ist vor allem durch Genossenschaften, gemeinwirtschaftliche Komplexe, lokale und kommunale Bürgerhaushalte, Selbstverwaltungskörperschaften, Mitbestimmung und Miteigentum in Privatunternehmen und die Regulierung von Märkten, Branchen und Unternehmen zu bewältigen. Ganz nach Otto Rath, dem österreichischen Ökonom: Der Umbau der Wirtschaft ist wie der Umbau eines Schiffes auf dem offenen Meer, man muss sich der Mittel bedienen, die man bereits hat.

5. Inputreferat Friederike Habermann:

Wirtschaftsbasisdemokratie im 21. Jahrhundert – global und lokal

Wirtschaftsbasisdemokratie bedeutet einerseits auf Marktebene, dass im Betrieb alle mitbestimmen dürfen und auch Kunden miteinbezogen werden. Andererseits auf Staatsebene ist der Einfluss der Bürger sowie eine solidarische Ökonomie jenseits des Marktes wichtig. Die Gemeinwohlökonomie ist der Versuch, Markt, Staat und Wirtschaftsbasisdemokratie zu verbinden. Entweder basiert etwas auf Konkurrenz oder auf Solidarität. Der Begriff Demokratie bedeutet auch einerseits Selbstbestimmung und andererseits sich verantwortlich zu machen.

Im 21. Jahrhundert beginnen sich im Bereich der Wirtschaftsbasisdemokratie fünf wichtige Bereiche herauszubilden: die Energiesouveränität, die Wasserdemokratie, die Ernährungssouveränität, Care Revolution und die Peerproduktion. Im Bereich der Energiesouveränität sind es vor allem Energiegenossenschaften, die sich dafür einsetzen, dass Energie regionalisiert wird. Sie fordern eine Form der Selbstverwaltung. Dazu gibt es bereits verschiedene Bewegungen und Aktionen in Deutschland und Dänemark. Ein anderes Beispiel ist der demokratische Umgang mit der zentralen Ressource Wasser. Viele Wasserkampagnen haben auch häufig grossen Erfolg. Im Bereich der Ernährungssouveränität fordern wiederum verschiedene Einheiten das Recht, sich selber zu versorgen. Denn die grosse Industrie führt häufig dazu, dass landwirtschaftliche Flächen nicht mehr benutzt werden können. Deshalb wird eine Rückkehr zum kleinbäuerlichen Betrieb gefordert. Die Idee des Bereichs Care Revolution ist, dass in der ganzen Wirtschaft in der Carelogik gedacht wird anstatt in der Profitlogik. Die in die Wirtschaft übertragene patriarchale Vorstellung führt nämlich dazu, dass wir immer nur die Spitze sehen, Leistungen wie Haushaltsarbeit und Kinderbetreuung hingegen sind unsichtbar. Die Menschen müssen von ihren Zwängen befreit werden. Neue Denk- und Handlungshorizonte sind wichtig. Im Bereich der Peerproduktion geht es um den grundlegenden Gedanke der Allmende. Wenn dies gesellschaftlich organisiert würde, gäbe es gar keinen Anreiz der Übernutzung mehr. Die Prinzipien dieser «Ecomomy» sind Besitz statt Eigentum, alles teilen (v.a. auch Wissen, Fähigkeiten), beitragen statt tauschen und Offenheit bzw. freie Kooperation.

Um diese Transformation der Wirtschaft anzupacken, sind verschiedene Wege möglich. Einerseits gibt es die Möglichkeit der Halbinseln gegen den Strom, das bedeutet, dass eine Verbesserung hin zu einer anderen Gesellschaft im jetzigen Moment beginnt und neue Erfahrungen genutzt werden. Andererseits ist Protest eine Möglichkeit, statt nur zu fordern ist die gezielte Wiederaneignung von Raum und Zeit angesagt. Eine weitere Möglichkeit ist die Verbesserung durch Reformen: international müssen die richtigen Regeln eingeführt werden.

6. Diskussion

Johannes Wickli sagt, dass diese Gedanken und Ideen verbreitet werden müssen. In der Vernehmlassung für den Lehrplan 21 müssen wir fordern, dass die demokratische Ausbildung und Praxis prononciert und mit Nachdruck eingebracht wird.

Christian Felber sagt, dass diese Anliegen kontextualisiert werden müssen und eine Demokratisierung des ganzen Bildungssektors nötig ist. Es ist ein guter Vorschlag, das Thema der Wirtschaftsdemokratie in die Bildung einfließen zu lassen. Er fragt, auf welche Resonanz in der Schweiz die Idee eines dezentralen Wirtschaftskonventes oder analog eines dezentralen Bildungskonventes stossen würde. Es wäre interessant, die Bevölkerung darüber entscheiden zu lassen und zu sehen, welche Bereiche vom freien Markt genommen und in anderer Form organisiert würden. Im Bildungsbereich ist die Idee, dass Betroffene lernen, die Organisationsform des Bildungssektors zu bestimmen.

Susanne Leutenegger Oberholzer fragt, wie die Schweiz als älteste Demokratie der Welt wahrgenommen wird.

Christian Felber sagt, dass die Wahrnehmung in Österreich sehr positiv ist, dass die Schweiz so demokratisch ist. In der Schweiz zählt die Stimme auch wirklich etwas, in Österreich haben die politischen Teilhaberechte keine Relevanz. Das einzige, was gegen die Demokratie in der Schweiz spricht, ist die Tatsache, dass trotz Demokratie noch nicht alles zum Besten steht und noch Entwicklungspotenzial besteht.

Friederike Habermann sagt, dass wir eine imperiale Lebensweise haben und viele gar nicht an Abstimmungen teilnehmen. Demokratische Entscheidungen sind sehr begrenzt.

Alex Demirovic sagt, dass er skeptisch ist, weil wesentliche neoliberale Instrumente in der Schweiz entwickelt wurden. Er findet es jedoch faszinierend, dass in der Schweiz neoliberale Destrukturierungsprozesse zu sehen sind. Hingegen erschreckend ist, dass sich die Menschen gegen eine Verbesserung des Mieterschutzes ausgesprochen haben. Da fragt man sich, was die direkte Demokratie für ein Instrument ist. Das Problem der direkten Demokratie ist die Verteilung der Ressourcen und dass der Volksentscheid schlussendlich eine Ja-Nein-Stellungnahme ist. Das ist jedoch nicht das, was wir mit Demokratisierungsprozessen meinen. Wir wollen einen Initiativprozess von unten und Mitentscheidung auf Dauer. Es gibt viele Haken. Die Frage ist, wie vernünftig Entscheidungen aus demokratischen Prozessen sind.

Ernst Stetter sagt, dass es zwei wichtige Punkte gibt. Einerseits die Frage, was repräsentative Demokratie ist, und andererseits die Frage nach der Rolle des Staates. Bei diesem zweiten Punkt muss noch weiter gedacht werden. Es geht nicht nur um gewisse Rahmenbedingungen, sondern auch darum, Dinge zu implementieren. Die Frage der öffentlichen Güter beispielsweise muss neu diskutiert werden. Weiter ist auch die Frage der Produktion wichtig, die heute immer noch auf nationaler Ebene organisiert ist. Unternehmen, die produzieren, agieren jedoch auf internationaler Ebene. Konkurrenz bedeutet nicht nur Angst, sondern auch Innovation und verbesserte Qualität.

Cédric Wermuth sagt, dass beim Vorschlag der assoziativen Idee der Demokratie weiterhin die Trennung von Kapital und Arbeit besteht und der Kapitalismus nicht überwunden wird. Er fragt Michael Krätke, ob diese Idee eine reale Exit-Option ist, beispielsweise über die Form des bedingungslosen Grundeinkommens. Er fragt, ob Assoziationen dann als Clubs funktionieren dürfen und gewissen Leuten die Teilnahme verweigert werden darf. Und wie man sich gegen die Kritik, dass damit das Machtverhältnis zwischen Arbeit und Kapital nur auf eine neue Ebene gehoben wird statt sich aufzulösen, stellt. Er fragt, wo es Ansatzpunkte gibt, die man für eine globalere Lösung aufnehmen kann.

Adrian Zimmermann sagt, dass man bei der Frage der Kapitalbeteiligung und der ganzen Investitionslenkung ansetzen sollte. Er fragt, inwiefern hier überhaupt ein Ansatzpunkt vorhanden ist. Und was schief gelaufen ist seit den 1970er-Jahren. Er fragt, wie in diesem Zusammenhang Investitionsfonds einzuordnen sind und wo es Potenziale und Grenzen gibt.

Heinz-J. Bontrup sagt, dass die direkte Demokratie nebst Informationen auch Wissen voraussetzt, damit man in der Lage ist, rational seine Stimme abzugeben. Das Wissen muss an die Bürger gebracht werden, damit sie sich adäquat verhalten können. Die repräsentative Demokratie ist in einem kapitalistischen Umfeld immer vom Kapital bedroht und abhängig vom Wohlergehen der privaten Wirtschaft. Es gibt eine permanente Bedrohung von Lobbyisten. Entscheidend ist heute, dass das Konkurrenzverhältnis eine Bedrohung ist und zwar sowohl national wie auch international. Mit dem muss man aufhören. Wir haben einen autoritären Kapitalismus, der ideologisch vorgibt, frei zu sein.

Friederike Habermann sagt, dass wir strukturell gesehen Hass anstatt Kooperation vorfinden. Um etwas dagegen zu unternehmen, muss eine Veränderung von unten kommen. Die Realpolitik von heute ist Illusionspolitik. Durch Ressourcenverbrauch erhalten wir kein Wachstum. Es ist eine einfache Rechnung, um zu sehen, dass es nicht so weiter gehen kann. Wir können aber vielfältig sein und Verantwortung delegieren.

Michael Krätke sagt zur Frage der Handlungsebene, dass ein relativ starker Nationalstaat wie in der Schweiz angemessen ist, um reagieren zu können. Und reagieren muss man. Die Konzerne können sich der Verantwortung entziehen, das ist ein System der Unverantwortung. Zur Frage des Staats ist es so, dass dieser sehr interessiert ist an sich selbst, deshalb sind auch alle Staaten an der Entwicklung des industriellen bzw. finanziellen Kapitalismus interessiert. Dieses Interesse gilt es zu zügeln und in eine andere Richtung zu lenken. Die wichtigste Frage ist, ob wir eine hinreichend ausdifferenzierte Formen der Repräsentation haben. Der Bürger ist in seiner Verschiedenheit der Interessen nicht repräsentiert. Diese Form der Repräsentation ist nicht mehr angemessen. Zur Frage der Implikation des Konzepts gibt es beispielsweise die Idee eines neuen Bürgerrechts. Jeder hat das Recht sich selbständig zu machen und erhält dafür einen Staatskredit. Ein Grundeinkommen wäre irgendwann mal ein Schlussstein in einem vollentwickelten Marktsystem, es ist jedoch nicht der entscheidende Punkt. Es gibt aber sehr viele Ansatzpunkte, beispielsweise den Genossenschaftssektor, den man stärken könnte.

Jacqueline Badran sagt, dass es zwar stimmen mag, wenn die Schweiz in den Bereichen Steuerpolitik, Arbeitsmarktpolitik und Mietpolitik als neoliberales Land gebrandmarkt wird. Aber im Umgang mit den Gemeinschaftsgütern erfüllt die Schweiz genau das, was Herr Krätke fordert, nämlich einen grossen Pluralismus an Eigentumsformen. Gemeinschaftsgüter und Genossenschaften sind zahlreich und die Prozesse hochdemokratisch. Sie fragt, wieso niemand in der Präsentation auf die demokratische Kontrolle des Bodens eingegangen ist. Der Boden ist ein essentielles, nicht vermehrbares Gut, das hohe Gewinne einbringt. Giorgio Pardini sagt, dass Demokratie Partizipation braucht. Von der Privatsphäre geht immer mehr an die Arbeitszeit über. Die Referate kamen aus der Logik der industriellen Produktionsweise, vernachlässigt wurden die heute wichtigen Fragen der «flexiblen Arbeitszeiten» und der Prekariatität. Partizipation und Freizeit hängt mit der Gesellschaft zusammen. Daher stellt sich vor allem die Frage, wie stark die Zivilgesellschaft miteinbezogen wird oder wie stark sie durch die Rechte und Pflichten eingeschränkt wird.

Werner Kallenberger fragt, wie man sich zu einer Geld- und Finanzreform im Sinne einer Vollgeldreform stellen soll.

Christian Felber sagt zum Thema Boden, dass es kein Privateigentum an Naturgütern und Boden geben sollte, stattdessen eine Verpachtung an die Bauern. Zum Thema Zeit für die Freizeit findet er, dass Menschen nebst der Erwerbsarbeit in Beziehungsarbeit investieren sollten. Zum Thema der direkten Demokratie gibt es bei der Betrachtung der empirischen Auswertung unterschiedliche Ansichten. Wichtig ist, dass ich als Individuum ertragen kann, dass es manchmal auch Entscheidungen gibt, die gegen meine Ideen sind. Zum Thema Egoismus sagt er, dass das Streben nach dem eigenen Nutzen auch ein Nutzen für die Allgemeinheit sein kann. Beim Thema der Konkurrenz hingegen findet er, dass Innovation nicht die Frucht des Wettbewerbs sondern der Kreativität ist. Somit spricht alles für die Kooperation. Er sagt, dass es interessant zu wissen wäre, wie Friederike Habermann das Konkurrenzproblem in einer vollkommen solidarischen Gesellschaft lösen würde.

Friederike Habermann sagt zur Frage von Christian Felber, dass es bei der Vorstellung der Peerproduktion das Problem der Produktion und der Konkurrenz nicht mehr gibt. Dahinter steht ein Austausch ohne Geld. Es ist aber feststellbar, dass sich die Konkurrenzlogik immer wieder durchsetzt. Wir haben immer nur eine Bedürfnisbefriedigung auf der Konsumseite, die Bedürfnisbefriedigung des Geistes, der Entwicklung etc. wird aber vernachlässigt. Zum Thema Boden sagt sie, dass sie viele Punkte dazu erwähnt hat, beispielsweise die Ernährungssouveränität, die Aneignungsprozesse von Allmenden etc. Man müsste auf dem Verständnis aufbauen, dass das Land jenen gehört, die es bewirtschaften und beleben.

Heinz-J. Bontrup sagt zur Frage der Vollgeldreform, dass das weltweite Problem ist, dass wir zu viel Finanzkapital im Umlauf haben. Seit 30 Jahren privatisieren wir mit dem neoliberalen Paradigma die Welt und verteilen von Arbeitenden zu Besitzenden um. Es ist sehr disproportional geworden. Löhne und Zinsen haben einen Doppelcharakter. Wenn alle drei Kontraktbestimmungen befriedigt sind, bleibt die vierte Wertschöpfung übrig. Die Löhne wurden zur Restgrösse gemacht, das ist unglaublich. Auflösen können wir das nur, indem wir das Überschussprodukt einigermaßen gleich verteilen. Dies ist jedoch eine unbeantwortete Frage.

Michael Krätke sagt zum Thema Vollgeldreform, dass es ein Problem ist, dass diese auf dem staatlichen Monopol basiert. De facto ist es aber schon lange nicht mehr so und die Geldschöpfung ist in Händen privater Banken. Es geht darum, dass wir das staatliche Monopol wieder fordern. Zum Thema Bodenreform sagt er, dass es eines der elementaren Charakteristiken der Wirtschaftsdemokratie ist, dass man den Boden in öffentliche Ressourcen überführt und die Nutzung dessen organisiert.

Alex Demirovic sagt, dass Artikel 20 des Grundgesetzes in Deutschland seit Jahren nicht umgesetzt wird. Es ist eine Grundkenntnis, dass man sagt, dass der Volkssouverän seinen Willen in Verfahren ausübt. Es ist jedoch nur ein Verfahren unter vielen anderen. Der Sinn dahinter ist die Erkennung der Auswirkung, nicht das Instrument selber. Zum Thema Zeitbudget sagt er, dass Demokratie Zeit kostet. Es ist sowohl ein Wissens wie ein Zeitproblem. Wir könnten die Arbeitszeiten verkürzen, dies ist Teil einer demokratischen Entscheidung. In der Wirtschaftsdemokratie gilt die Annahme, dass es keine privaten sondern nur gesellschaftliche Entscheidungen gibt. Eigentlich sollte der Entscheidungsprozess Teil des Arbeitsprozess sein, da er Teil des gesamten Vorgangs ist und nicht Teil der Freizeit. Zum Thema Boden sagt er, dass die Nachhaltigkeitsfrage sehr wichtig ist, auch für die städtische und regionale Entwicklung, da wir das Problem der Zersiedelung haben. Wir müssen aber auch einen Bezug zur hochalpinen Landschaft herstellen, die sehr sensibel ist und reguliert werden muss. Es ist eine zentrale Frage, wie gewirtschaftet wird. Wir müssen genau dafür Politik machen, dass es auf der europäischen und der globalen Ebene Regeln gibt.

7. Erkenntnisse aus den Workshops und Abschlussdiskussionen

Gruppe Susanne Leutenegger Oberholzer:

- Thema Boden: Die Schweiz ist das höchst verschuldete Land in Bezug auf den Boden. Der Boden ist ein Monopol, das nicht mehr länger als privates, sondern als öffentliches Gut behandelt werden sollte. Vielleicht wäre es hilfreich, zwischen der lokalen, regionalen und nationalen Ebene zu unterscheiden. Es gibt einen fundamentalen Interessenskonflikt zwischen den Eigentümern und den Mietern, der nur demokratisch über den Mehrheitsentscheid lösbar ist. Die Grundfrage beim Thema Boden ist, wie wir die Begriffe, die mit dem Eigentum zusammenhängen, definieren. Es gibt eine zentrale Unterscheidung zwischen Eigentum und Kapital: Eigentum ist persönlichkeitsbezogen, während Kapital auf der gesetzlichen Ebene geregelt ist. In der Bundesverfassung finden wir einen sehr pragmatischen Begriff des Eigentums (Art. 26 Abs. 1 «Das Eigentum ist gewährleistet»). Wir müssten zu funktionalen Eigentumsbegriffen übergehen. Es ist eine grosse Frage, wie man den Leuten diese abstrakten Probleme erklären könnte. Einerseits will man den Mietern Nutzungsrechte verschaffen und andererseits dies in den Köpfen der Leute verankern können. Es gibt eine Vielzahl an Instrumenten, beispielsweise ein Verkaufsstopp des öffentlichen Grundeigentums, Vorkaufsrechte der öffentlichen Hand oder vermehrte Gründung von Stiftungen (Genossenschaften). Wir müssen einen klaren Kampf um den öffentlichen Raum führen und unser Recht auf öffentliche Räume fordern. Bodeneigentum könnte differenziert werden, indem der öffentlichen Hand ein Obernutzungsrecht erteilt wird, während Private nur noch Nutzungsrechte haben. Über Gebühren könnte man eine Entschädigung über die nächsten 20–30 Jahre führen. Handeln müssen wir auf allen drei Ebenen, aber die politische Transformation muss primär auf Bundesebene vollzogen werden. Die Chancen einer potentiellen Initiative sind ungewiss. Man müsste auch eine Rückwirkungsklausel einführen.
- Thema Finanzmarkt: Es gibt einen riesigen Überfluss an Kapital, andererseits aber zu wenig Mittel für die Landwirtschaft. Die Banken sollten nur noch ihre ursprüngliche Aufgabe der Kreditvermittlung bzw. Kreditfinanzierung haben. Eine Transaktionssteuer wäre ebenfalls eine Idee.

Gruppe Ernst Stetter:

- Thema Globalisierte Regelungen: Um die internationalen Rohstoffmärkte besser koordinieren und kontrollieren zu können, müssen wir öffentliches Eigentum kreieren. Es ist eine Frage der Wertschöpfungsprozesse: Wir müssen Prozesse in Gang setzen, damit es in den verschiedensten Ländern möglich ist, Produkte mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen herzustellen. Es ist ebenso eine Frage des Labelings: dies alleine genügt aber nicht. Viele Labels stellen nur noch Nischenmärkte dar. Wir sollten versuchen auf andere Formen zurückzukommen, die dies deutlicher machen.
- Thema Mitbestimmung: Mitbestimmung braucht es nicht nur auf der betrieblichen Ebene, sie ist vor allem auch eine wichtige Komponente auf europäischer Ebene. Wir müssen die europäische Mitbestimmung versuchen auszubauen und zu implementieren. Dies könnte dazu führen, dass in Fragen des Handels und der internationalen Beziehungen die Mitbestimmung berücksichtigt wird.

Gruppe Stefan Hostettler:

- Thema Mitbestimmung: Was vor allem nicht das Ziel sein kann, ist die Situation der Gewerkschaften in Deutschland, die kein Vetorecht geniessen und für etwas in die Verantwortung genommen werden, das

sie gar nicht wollen. Es gibt aber auch gute Beispiele der Mitbestimmung in Einzelunternehmen, diese sollten wir als Modelle nehmen. Für die KMUs und die Grosskonzerne brauchen wir verschiedene Modelle. Die Frage ist auch, ob KMUs per se besser sind als Grosskonzerne, welche Probleme es gibt etc. Man sollte in einem Unternehmen nicht Angst davor haben, Verantwortung zu übernehmen. Da ist heute sicher noch eine gewisse Passivität vorhanden.

- Globale Regeln: Wir brauchen klare, möglichst einfache Regeln für alle, damit wir alle davon profitieren können und nicht zu stark eingeschränkt werden. Was wir dafür tun können, ist vor allem das Genossenschaftsrecht zu ändern, damit wir im Sinn einer Genossenschaftsdemokratie leben. Dies muss viel stärker thematisiert werden.
- Finanzmarkt: Wir müssen den Mut haben, auf ein paar Seiten ein Konzept zu definieren. Weiter ist die Börsenpflicht wichtig.

Barbara Gysi fasst zusammen, dass das Thema der Wirtschaftsdemokratie sehr breit und komplex ist. Auf allen Ebenen müssen Regelungen entwickelt werden, auch auf der globalen Ebene. Es braucht von allen Seiten grosse Engagements, um die Wirtschaftsdemokratie umzusetzen. In den Workshops haben wir aber auch gemerkt, wie schwierig es ist, ein konkretes Vorgehen zu definieren. Wir müssen nochmal bündeln, was überhaupt schon alles vorhanden ist, da das Thema schon seit vielen Jahren in Bearbeitung ist. Es gibt auch bereits viele Initiativen, um die Wirtschaftsdemokratie zu verbreiten, zu forcieren und zu diskutieren. In der Analyse der Tagung werden wir das weitere Vorgehen skizzieren, auf bereits Vorhandenem aufbauen und überlegen, auf welcher Ebene welches Projekt vorangetrieben werden soll. Auch die Ebene der Bildung muss früh eingebracht werden, im Rahmen des Lehrplans 21 muss die Mitwirkung der Jugendlichen und Kinder gefördert werden, damit die Wirtschaftsdemokratie im Erwachsenenalter gelebt werden kann. Es wird eine Publikation der Referate, Workshops und Diskussionen geben, damit wir auf verschiedenen Ebenen daran weiterarbeiten können. Wir müssen auch auseinanderhalten, was wir parlamentarisch, was mit Volksinitiativen oder Bürgerinitiativen vorantreiben können. So, dass wir die Wirtschaft wirklich verändern können.

Sie bedankt sich bei den Referenten, Ernst Stetter und der FEPS und den Leuten des Zentralsekretariats und schliesst die Tagung.

Für das Protokoll: Anik Glaus



FAZIT TAGUNG WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE

Pascal Zwicky, Stefan Hostettler / 30.9.2013

Am 4. und 5. Juli 2013 führte die SP Schweiz zusammen mit der Foundation for European Progressive Studies (FEPS) im Volkshaus in Zürich eine Tagung zum Thema Wirtschaftsdemokratie durch. Fünf Referate ausgewiesener ExpertInnen, Plenumsdebatten und Workshops, in denen versucht wurde, ausgewählte Aspekte praxisorientiert zu bearbeiten, sind die Grundlage für das vorliegende Fazit zur Tagung sowie die Skizzierung des weiteren Vorgehens der SP Schweiz im Kontext des Themas Wirtschaftsdemokratie. Dass es angesichts der riesigen Herausforderungen mit denen sich die Menschheit konfrontiert sieht mehr Demokratie auch in der Wirtschaft braucht, wurde an der Tagung deutlich bestätigt.

Wir begreifen Wirtschaftsdemokratie als politikfeldübergreifenden Orientierungsrahmen für eine progressive und durchsetzungsfähige Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert. In der Wirtschaftsdemokratie liegt unseres Erachtens das – noch auszuschöpfende – Potenzial eines wirkungsmächtigen gesellschaftlichen Gegenprojekts zum nach wie vor hegemonialen Neoliberalismus.

Basierend auf der Tagung und bereits geleisteter Arbeiten haben wir in der Folge die aus unserer Sicht wesentlichen Punkte aufgelistet, die einerseits ein angemessenes und progressives Verständnis von Wirtschaftsdemokratie ausmachen, und andererseits – längerfristig – auch den realpolitischen Erfolg des wirtschaftsdemokratischen Projekts ermöglichen sollen:

- Wirtschaftsdemokratie sehen wir als ein modernes emanzipatorisches Projekt mit historischen Wurzeln (beim frühen Marx, bei August Bebel, Rosa Luxemburg und vielen anderen) das darauf abzielt, allen Menschen, nicht nur den Privilegierten und Mächtigen, ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.
- Die Krise der Demokratie ist in erster Linie eine Krise der bestehenden Institutionen und nicht der demokratischen Idee. Selbstbestimmung und Menschenrechte sind nach wie vor, und vielleicht mehr denn je, zentrale Werte einer zukunftsfähigen Sozialdemokratie. Allerdings werden heute die Grenzen der nationalstaatlich verhafteten, parlamentarischen Demokratie immer deutlicher. Die Demokratisierung der Demokratie und insbesondere ihre Ausweitung auf den Bereich der Wirtschaft sehen wir als Weiterentwicklung und «Rettung» des demokratischen Ideals sowie als Notwendigkeit, um eine sozial und ökologisch nachhaltige Zukunft zu ermöglichen.
- Wirtschaftsdemokratie nimmt Freiheit, Vernunft, Eigenverantwortung des Menschen ernst und setzt deshalb auf die Ermächtigung, die Mitbestimmung von Betroffenen bei der Gestaltung ihrer Lebenswelt. Sie ist ein im ursprünglichen Sinne liberales Projekt, das gerade auch Frauen und Junge anspricht, und wesentlich auch die Frage nach dem «guten Leben» berührt.
- Wirtschaftsdemokratie ist kein einheitliches Konzept, es gibt keinen festen Plan dafür, wie sie zu erreichen ist. Das macht wirtschaftsdemokratischen Fortschritt nicht unbedingt einfacher – gleichwohl sehen wir darin vor allem eine Chance: Die Chance nämlich, in der konkreten Lebensrealität der Menschen anzusetzen und Betroffene auf eine nichtdogmatische und tatsächlich partizipative Weise zu Mitbestimmenden zu machen. Wirtschaftsdemokratie ist vor allem auch der Weg zum Ziel.
- Wirtschaftsdemokratie stellt ein pluralistisches Projekt dar, das sich zu institutioneller Heterogenität bekennt. Wirtschaftsdemokratie bedeutet eine Mischung aus demokratischer Planung und Märkten, die auf unterschiedlichen Ebenen je nach gesellschaftlichen Bedürfnissen unterschiedlich organisiert sind.
- Wirtschaftsdemokratie ist ein Prozess, der wahrscheinlich nie zu Ende sein wird. Weil sich Wirtschaft und Gesellschaft permanent ändern, muss sich auch die Form ihrer Demokratisierung anpassen: Was vor 50 Jahren für einen Industriearbeiter gut war, ist für einen Callcenter-Angestellten nicht automatisch richtig. Demokratie ist auch in der Wirtschaft eine Baustelle, an der auf laufend gearbeitet werden muss.
- Weil Wirtschaftsdemokratie erprobt werden muss, braucht es Handlungsspielräume und gesellschaftliche Lernprozesse. Wirtschaftsdemokratie kann nicht staatlich verordnet, sondern sollte vor allem durch zivilgesellschaftliche Initiativen vorangetrieben werden. Um diesen Initiativen aber langfristig gesamtgesellschaftliche Wirkung zu verschaffen, braucht es gezielten staatlichen Support – etwa durch entsprechende Projektfonds.
- Pluralismus, Partizipation und Prozesshaftigkeit machen Wirtschaftsdemokratie zu einem äusserst anspruchsvollen politischen Projekt. Will man ihm gerecht werden, heisst das auch: Besser scheitern muss möglich sein. Wirtschaftsdemokratie braucht die Bereitschaft von PolitikerInnen und anderen Verant-

wortungsträgerInnen mit Misserfolgen, die sich bei gesellschaftlichen Lernprozessen zwangsläufig ergeben, umzugehen, sie gegenüber der Öffentlichkeit zu verteidigen und produktiv zu nutzen.

- Wirtschaftsdemokratie bedeutet eine Dezentralisierung von Macht. Transnationale Grosskonzerne werden als soziale Institutionen und nicht als private Angelegenheit betrachtet, was die Frage nach deren demokratischen Kontrolle und Steuerung aufwirft. Wirtschaftsdemokratie setzt auf ein progressives Subsidiaritätsprinzip, sowohl in der staatlichpolitischen, als auch in der wirtschaftlichen Sphäre. Lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe werden aus demokratischen wie ökologischen Gründen im Grundsatz gestärkt, globale Märkte konsequent auf ihren gesellschaftlichen Nutzen geprüft und bei Bedarf neu reguliert.
- Eine Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet mehr demokratische Planung als heute und verlangt grundsätzlich auch mehr – in einem weiten Sinne – politisches Engagement des Einzelnen. Das Mass an direkter politischer Partizipation wird aber auch in einer «wirtschaftsdemokratischen Zukunft» von deren konkreten Ausgestaltung abhängen. Möglich und denkbar ist auch eine, gegenüber direktdemokratischen Elementen, stärkere Gewichtung von neuen repräsentativen Demokratieformen. Wirtschaftsdemokratie muss also keineswegs heissen, dass sich alle Menschen tagtäglich mit der politischen Gestaltung ihrer Lebenswelt beschäftigen (müssen).
- Mehr Demokratie verspricht gerade in Grossunternehmen einen Abbau von Bürokratie. Heute ist es so, dass das Management über viel zu viel Macht verfügt und es detaillierte staatliche Regelungen im Bereich der Arbeitsbedingungen braucht, um den Schutz der Arbeitnehmenden sicherzustellen. Hinzu kommen zunehmend künstliche, oftmals geradezu absurde, innerbetriebliche Wettbewerbsstrukturen, mit denen die Menschen zu Leistung motiviert werden sollen. Und das nicht nur in den klassischen Profitmaximierungsbranchen, sondern auch in der Wissenschaft, im Bildungs- oder im Gesundheitswesen. Eine Demokratisierung von Unternehmen bzw. Organisationen, die Macht verteilt und zu tatsächlich partizipativen Entscheidungsstrukturen führt, braucht deutlich weniger staatliches Mikromanagement. Leistungsanreize werden aus der Teilhabe, aus der Selbst- resp. Mitbestimmung gewonnen. Innovation und Kreativität erwachsen nicht aus Ungleichheit und Prekarität – das ist eine ziemlich zynische Ideologie. Vielmehr sind es soziale Sicherheit und ein gewisses Mass an Planbarkeit, die das Ausnutzen menschlicher Potenziale erleichtern. Davon profitieren heute beispielweise die Kinder vermögender Eltern massiv. Wirtschaftsdemokratie bedeutet wirkliche Chancengleichheit.

Diese – vor allem auch theoretischen – Erkenntnisse sind unserer Meinung nach wichtig, bilden sie doch die Grundlage eines kohärenten und erfolgreichen politischen Handelns. Gerade am Beispiel der Wirtschaftsdemokratie hat sich in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten jedoch auch die Schwierigkeit gezeigt, überhaupt auf die konkrete Handlungsebene zu gelangen. Wirtschaftsdemokratie bedeutet, mit einigen der Grundprinzipien des herrschenden kapitalistischen Systems zu brechen und sich auf neue gemeinwohlorientierte Lösungen einzulassen. Das passt nicht nur den Profiteuren den Status quo nicht, es bedarf auch grosser Anstrengungen in Sachen Kommunikation und politischer Bildung, um in der breiten Bevölkerung das Bewusstsein für die Notwendigkeit und die Chancen einer alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu schaffen. Wirtschaftsdemokratie ist in der SP Schweiz und darüber hinaus wohl nicht zuletzt deshalb bis heute vor allem ein intellektuelles Konzept geblieben, das kaum Eingang in den politischen Alltag gefunden. Dies zu ändern, ist keine einfache, aber eine zentrale Aufgabe für fortschrittliche Kräfte wie die SP Schweiz. An der Tagung wurde deutlich, dass Wirtschaftsdemokratie ein breites politisches Projekt ist resp. sein muss, um Aussicht auf Erfolg zu haben. Eine Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft kann nicht allein auf dem parlamentarischen Weg, in den bestehenden politischen Institutionen, erreicht werden. Von zentraler Bedeutung sind zivilgesellschaftliche Initiativen. Für die SP gilt es, Wirtschaftsdemokratie als Teil einer Bewegung, die über die Partei hinaus reicht und andere Parteien, Bewegungen, Organisationen und progressive Unternehmen umfasst, praktisch zu leben und zu fördern.

Weil Wirtschaftsdemokratie ein überaus komplexes Projekt darstellt, das nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kann und auf verschiedenen Ebenen sowie kleinen Schritten zu bearbeiten ist, braucht es eine langfristig ausgerichtete und kontinuierliche Behandlung der Thematik. Die SP Schweiz wird deshalb eine Arbeitsgruppe einsetzen, die dieses anspruchsvolle Projekt operativ begleitet und vorantreibt. Die AG erstattet dem Parteipräsidium regelmässig Bericht über ihre Arbeit. Eine erste Aufgabe der AG wird es sein, eine Auslegeordnung und Priorisierung des politischen Handlungsbedarfes auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Bereichen vorzunehmen. Allerdings lassen sich bereits heute einige potenzielle Tätigkeitsfelder identifizieren:

- Organisation und regelmässige Durchführung von Workshops zu ausgewählten Themen (z.B. Genossenschaften, Pensionskassen, Mitbestimmung in Grossunternehmen, Förderung von gemeinwohlorientierten Unternehmen) insbesondere um politische Forderungen auf unterschiedlichen Ebenen zu erarbeiten.

- ParlamentarierInnen bei der Eingabe von Vorstössen unterstützen resp. sie dazu anregen (siehe bspw. in der Herbstsession eingegebene Interpellation 13.3689 von Eric Nussbaumer)
- Austausch und Kooperationen mit potenziellen Partnern sicherstellen.
- Entwicklung und Umsetzung eines Publikationskonzepts (zusammen mit Partnern) das verschiedene Bedürfnisse wie die intellektuelle Debatte, die Vermittlung an die Basis bzw. Zivilgesellschaft sowie praktische Hilfeleistungen für progressive Unternehmen befriedigt (siehe bspw. die Websites democracyatwork.info / neweconomy.net / bealocalist.org)
- Entwicklung eines internen Bildungsmoduls, um das Thema auch in die Sektionen und an die Basis zu bringen.
- Abklärungen bezüglich eines Nationalen Forschungsprogrammes (NFP) treffen: Im Bereich Wirtschaftsdemokratie besteht ein grosses Forschungsdefizit. Ein NFP zum Thema Wirtschaftsdemokratie wäre wissenschaftlich wie politisch äusserst wertvoll. Die SP könnte aus neuen Erkenntnissen nicht nur – wissenschaftliche fundierte – politische Forderungen ableiten, ein NFP würde auch dazu beitragen, dass die Thematik über Jahre hinweg «aktuell» und damit direkt politisch verwertbar bleibt.

Der Einsatz für mehr Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft ist der Einsatz für eine gerechte, freie, soziale und ökologisch nachhaltige Welt. Die hier vorgeschlagenen Massnahmen sollen dazu beitragen, diesen grundlegenden Zielen der Sozialdemokratie näher zu kommen. Die Zukunft ist offen, die Debatte ebenso. Rückmeldungen zu unseren Schlussfolgerungen, neue Ideen und Vorschläge sind willkommen.

Eine andere, eine bessere Schweiz ist möglich. Seit 125 Jahren orientiert sich die Sozialdemokratische Partei an diesem Credo. Noch gibt es viel zu tun.

